

Zeitschrift:	Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber:	Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band:	75 (1997)
Heft:	4
Artikel:	Radikale Politik im Zeitalter der Globalisierung : ein Anachronismus?
Autor:	Marti, Urs
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-341350

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Radikale Politik im Zeitalter der Globalisierung – ein Anachronismus?

Die Situation ist paradox: Radikale Politik wird für veraltet erklärt in einer Zeit, die deren Leitmotiv aufs schönste bestätigt. Was vor etwas mehr als 150 Jahren Marx und Engels geschrieben haben, wird bei vielen ZeitgenossInnen kaum auf Widerspruch stossen: «In der bisherigen Ge-

Urs Marti

schichte ist es [...] eine empirische Tatsache, dass die einzelnen Individuen mit der Ausdehnung der Tätigkeit zur Weltgeschichtlichen immer mehr unter einer ihnen fremden Macht geknechtet worden sind [...], einer Macht, die immer massenhafter geworden ist und sich in letzter Instanz als Weltmarkt ausweist.»¹ Vor 140 Jahren hat Marx die Einsicht formuliert, die Tendenz, den Weltmarkt zu schaffen, sei unmittelbar im Begriff des Kapitals selbst gegeben. Dem Kapital erscheine jede Grenze als zu überwindende Schranke. Marx sprach damit verschiedene Entwicklungen an: die Aufhebung der Produktion von nicht in den Austausch eingehenden Gebrauchswerten, die Entwicklung der Produktivkräfte und die Produktion neuer Bedürfnisse, die universelle Aneignung der Natur wie die Kultivierung des Menschen als eines universell genussfähigen Wesens. Mit der Überwindung von Grenzen war schliesslich auch jene der nationalen «Schranken

und Vorurteile» gemeint. Marx wies freilich darauf hin, dass die Universalität, nach der das Kapital strebt, «Schranken an seiner eignen Natur» findet². Die Erkenntnis hat von ihrer Aktualität nichts eingebüsst, wie jüngst Elmar Altvater und Brigitte Mahnkopf gezeigt haben: Der Kapitalismus vermag keine politische, soziale, kulturelle und ökologische Globalität zu schaffen; der Weltmarkt ist nicht integriert in eine Weltgesellschaft mit regulierenden Institutionen³.

Die Grenzen der Politik

Konzeptionen radikaler Politik, die auf der Kapitalismuskritik von Marx basieren, teilen in der Regel dessen Auffassung von Entfremdung: gesellschaftliche Verhältnisse resultieren aus dem kollektiven Handeln von Menschen, doch sie können von den Menschen nicht mehr als ihre eigene Schöpfung, sondern nur noch als «fremde» Zwänge wahrgenommen werden. Nur wenn sie als Herrschaftsmechanismen durchschaut werden, können sie verändert werden. Auffallend an der heutigen Diskussion ist die Erfahrung, dass dieses Gedankenmodell als Motiv der Kapitalismuskritik bis in die Linke hinein auf breite Ablehnung stösst und zugleich als Motiv der Globalisierungskritik prä-

¹ Karl Marx, Friedrich Engels: Werke. Berlin 1956ff (MEW), Bd 3, 37 (Deutsche Ideologie)

² Karl Marx: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie. Berlin 1953, 311-314
³ Elmar Altvater, Birgit Mahnkopf: Grenzen der Globalisierung. Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft. Münster 1996

sent ist. Globalisierung wird von BefürworterInnen wie von KritikerInnen als Prozess interpretiert, der die Souveränität der Nationalstaaten aushöhlt, ihre Handlungsfähigkeit schwächt, der Politik also enge Grenzen setzt. Wird Politik im Sinne moderner Auffassungen als Instrument der Selbstbestimmung verstanden, so bedeutet die Reduktion ihrer Kontroll- und Interventionsfähigkeiten eine Zunahme an Fremdbestimmung. Der vielbeklagte «Verlust des Politischen» erweist sich als ein Aspekt der vom marxistischen Radikalismus thematisierten Entfremdung.

Die mir von der Redaktion gestellte Frage nach den «Grenzen der radikalen Politik im Zeitalter der Globalisierung» lässt somit auf einen Denkfehler schliessen, der sozialdemokratischen Legitimationsstrategien häufig unterläuft. Die (Wieder-)Herstellung des «Primats der Politik vor der Ökonomie» gehört gegenwärtig zu den wichtigsten Forderungen sozialdemokratischer, linksliberaler oder republikanischer Programme. In neoliberaler Sicht bewirken Eingriffe politischer Institutionen ins «freie» Spiel der Marktkräfte auf nationaler wie globaler Ebene eine tendenziell sozialistische Umgestaltung der Wirtschaftsordnung. Dabei wird vorausgesetzt, der Zweck demokratischer Politik sei die Umverteilung von Chancen und Gütern. Wenn nun sozialdemokratische Programme den «Primat der Politik» (wieder-)herstellen wollen und zugleich an Auffassungen festhalten, die die Anwendung egalitärer Verteilungskriterien als Aufgabe der Politik festschreiben, müssen sie der von neoliberaler Seite gewünschten Eingrenzung des Zuständigkeitsbereichs der Politik widersprechen. Die Konsistenz der sozialdemokratischen Argumentation leidet darunter, dass sie radikale Positionen mit dem Hinweis auf die Unüberschreitbarkeit von Grenzen zu bekämpfen sucht, die sie im Interesse ihrer Glaubwürdigkeit gar nicht akzeptieren darf. Wer an einer modernen, emanzi-

patorischen Konzeption von Politik festhalten will, muss zunächst einmal zugestehen, dass die Grenzen der radikalen Politik im Zeitalter der Globalisierung mit den Grenzen der Politik identisch sind.

Radikales Politikverständnis

Ein wichtiges Merkmal des radikalen Politikverständnisses ist die Überzeugung, die Grenzziehung zwischen dem Politischen und dem Nichtpolitischen resultiere selbst aus politischen Eingriffen. Gemäss traditionellem, in zeitgenössischen konservativen Ideologien immer noch populärem Verständnis ist die Politik für die Bereiche von Familie, Haushalt und Wirtschaft nicht zuständig. Vom radikalen Standpunkt her gesehen werden diese Bereiche nicht «natürlich» geregelt, sondern umfassen Herrschafts- und Unterordnungsverhältnisse, die von den Betroffenen zur Sprache gebracht, zum Gegenstand des öffentlichen Streits erhoben, kurz: politisiert werden können⁴. Ein klassisches Beispiel solcher Politisierung gibt übrigens wiederum Marx mit der Gegenüberstellung von Zirkulation und Produktion. Die Sphäre der Zirkulation, in der Waren, einschliesslich der Ware Arbeitskraft, getauscht werden, ist «ein wahres Eden der angeborenen Menschenrechte», worin Freiheit, Gleichheit, Eigentum und Eigennutz herrschen. Die Konsumtion der Arbeitskraft vollzieht sich dagegen ausserhalb des Marktes. Der Bereich der Produktion ist verborgen und soll es bleiben⁵; anders gesagt: er darf nicht zum Gegenstand des politischen Streits werden. Dagegen zeigt die marxistische Kritik, dass die kapitalistische Wirtschaft, zu der eben auch die Produktionssphäre gehört, nicht aufgrund freier Entscheidungen aller Beteiligten, sondern aufgrund

**Die Linke muss
der von neo-
liberaler Seite
gewünschten
Eingrenzung der
Politik wider-
sprechen.**

⁴ Vgl. dazu Nancy Fraser: *Unruly Practices. Power, Discourse and Gender in Contemporary Social Theory*. Cambridge 1989, 161-187

⁵ Karl Marx: *Das Kapital I*. MEW 23, 189f

Aus dem Scheitern des Sozialismus folgt nicht, dass Produktion und Distribution dem Zugriff der Politik entzogen werden müssen.

asymmetrischer Machtverhältnisse funktioniert. Um auf die Ausgangsfrage zurückzukommen: Die Frage nach den Grenzen der Politik bezieht sich auf die Fähigkeit von Institutionen, den Anliegen der Unterprivilegierten ein Forum zur Verfügung stellen und gegenüber den Nutzniessern der herrschenden Ordnung Geltung verschaffen zu können.

Nun ist in den letzten Jahrzehnten und vor allem nach 1989 dieses radikale Politikverständnis selbst auf Seiten der Linken in Misskredit geraten. Der postsozialistischen oder postmodernen Linken lässt sich wiederum ein Denkfehler nachweisen: Die am schwersten wiegende Anklage, die gegen das Staats- und Regierungsmodell des Sozialismus erhoben worden ist, lautet, dieses habe keinen Lebensbereich vor dem politischen Zugriff geschützt, sei in seiner Machtausübung totalitär gewesen. Solche Anklagen orientieren sich an der konservativ-liberalen Auffassung, derzufolge die Gesamtheit der gesellschaftlichen Verhältnisse nie zur politischen Disposition stehen darf. Das heißt selbstredend nicht, sie seien nicht begründet. Verdrängt wird dabei freilich, dass die «Grenzen» der Politik historisch gesehen immer mehr oder weniger willkürlich von bestimmten Machtallianzen gezogen worden sind. Sie sind gemäß modernem Politikverständnis in keiner göttlichen oder natürlichen Ordnung vorgezeichnet. Vom radikalen Standpunkt her beurteilt besteht das Versagen des Sozialismus denn auch zur Hauptsache in dessen Unfähigkeit, öffentliche Räume zu institutionalisieren, in denen freie Diskussionen die Zuständigkeitsbereiche der Politik definieren, sowie Partizipationsstrukturen zu schaffen, die es der Bevölkerung erlauben, selbst über das Ausmass staatlicher Interventionstätigkeit zu entscheiden.

Tabuisierung der Ökonomie

Aus dem Scheitern des Sozialismus folgt nicht, dass Produktion und Distribution dem Zugriff der Politik entzogen werden müssen, weil sie – wie es das konservativ-liberale Dogma will – durch natürliche Gesetze geregelt werden, die die menschliche Vernunft respektieren muss. Im reichhaltigen Theorieangebot, das in den letzten Jahren die akademische und politische Debatte belebt hat, stösst man oft auf solche Fehlschlüsse. Konzeptionen von Kommunitarismus, Zivilgesellschaft, Republikanismus oder deliberativer Demokratie neigen dazu, den Bereich der Ökonomie zu tabuisieren. Ich erinnere an den jüngsten Vorschlag, zwischen Konservatismus und Radikalismus einen «dritten Weg» in der Politik zu weisen, der die Suche nach einem «dritten Weg» in der Ökonomie überflüssig macht. Ironischerweise trägt das Buch, dem die Programmatik von «New Labour» einiges verdankt, den Titel «Beyond Left and Right. The Future of Radical Politics»⁶. Mit dem Begriff «Nachknappheitsordnung» definiert Giddens das Ziel «radikaler» Politik. Gemeint ist eine Gesellschaft, deren Akteure wissen, dass Knappheit relativ ist zu den von ihnen definierten Bedürfnissen oder Lebensstilen, und die sich für einen verantwortlichen Umgang mit knappen Ressourcen entscheiden. Giddens möchte offenbar den Produktivismus als Mentalität überwinden, ohne den Kapitalismus als Realität zu hinterfragen. Der massgebliche Antrieb einer Nachknappheitsordnung ist ihm zufolge nicht die Beschränkung von Marktkräften durch politische Instanzen, sondern die Anregung zu Änderungen des Lebensstils. Man mag Giddens zugestehen, dass künftig Lebensstilansprüche zu politischen Angelegenheit werden und die von der Linken bislang angestrebte Politik der

⁶ 1994 erschienen, liegt es mittlerweile auch in deutscher Übersetzung vor: Anthony Giddens: Jenseits von Links und Rechts. Frankfurt/M 1997

Emanzipation in den Hintergrund drängen werden. Eine Politik der Lebensführung kann allerdings egalitär oder hierarchisch ausgerichtet sein; im ersten Fall bleibt sie angewiesen auf genau jene Voraussetzungen, die zu schaffen Ziel emanzipatorischer Politik war und bleiben muss: gleiche Freiheit für alle, universell garantierte Selbstbestimmungsrechte.

Normen der radikalen Politik

Damit ist zugleich gesagt, dass die oben formulierte Definition radikaler Politik für ihre Rechtfertigung nicht hinreicht. Dass Bedürfnisse, Ansprüche, Interessen öffentlich thematisiert werden, heisst selbstredend nicht, dass sie damit im Sinne radikaler Politik auch schon legitim sind. Sonst wäre jener Populismus, der sich vom Ressentiment weisser Mittelstandsmänner gegen Fremde, Frauen, Steuern und Gesetze nährt, eine höchst radikale Angelegenheit. Radikal ist eine politische Praxis und Theorie nur dann, wenn sie sich an bestimmten normativen Kriterien wie individuelle Selbstbestimmung, Freiheit und Gleichheit orientiert. Alle Menschen sollen die Bedingungen ihres Lebens und Handelns frei und gleichberechtigt bestimmen können, wobei sie in der Gestaltung dieser Bedingungen die Rechte und Lebenschancen anderer Menschen nicht einschränken dürfen. Aufgrund solcher Kriterien lassen sich Prinzipien der Verteilungsgerechtigkeit definieren, deren Zweck es ist, materielle und weitere soziale Güter wie Rechte, Freiheiten, Chancen, Machtpositionen und Partizipationsmöglichkeiten allen Menschen in gleichem Mass zukommen zu lassen. Im Widerspruch zum ideologischen Selbstverständnis einer Weltordnung, die die bestehenden Verhältnisse von Ungleichheit und Fremdbestimmung gesamthaft gesehen eher verschärft denn abbaut, hat sich eine intellektuelle Opposition formiert, die ernsterhafter denn je

über die wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Bedingungen nachdenkt, unter denen Freiheit und Gleichheit, Autonomie und Partizipation gewährleistet sind. Auffällig ist dabei eine vor allem im angloamerikanischen Bereich zu beobachtende Annäherung zwischen liberalen⁷ und marxistischen Positionen. Während von liberaler Seite zuweilen offen zugestanden wird, dass die Verwirklichung liberaler Ideale nur im Zuge einer radikalen Politik zu erhoffen ist, wird von marxistischer Seite eingerräumt, dass bezüglich der grundlegenden normativen Standards ein Konsens gefunden werden kann⁸.

Es geht hier um eine begriffliche Klärung; die vitalen Fragen, die sich den AktivistInnen heute bezüglich praktischer Perspektiven stellen, sind damit nicht beantwortet. Nur auf eine Frage möchte ich kurz eingehen: Schafft der Prozess der Zivilisation nicht «ohne politisches Zutun» die Voraussetzungen, die radikale Politik ermöglichen? Der klassische Marxismus hat die Frage bejaht: Die Entwicklung der Produktivkräfte bestimmt die Produktionsverhältnisse sowie die politischen Handlungsmöglichkeiten. Unter Produktivkraft ist die technische Organisation des Arbeitsprozesses zu verstehen⁹. Die Vorstellung ist geprägt von der Aufklärung. Menschen sind rationale Wesen und suchen die Natur im Sinne einer besseren Befriedigung ihrer Bedürfnisse umzuwandeln. Dabei handelt es sich um kollektive Anstrengungen, die von den Beteiligten mit der Erwartung mitgetragen werden, dass die Erträge der gestei-

**Emanzipatorische
Energien kann
der Zivilisations-
prozess ohne
politisches
Zutun nicht
freisetzen.**

⁷ Der Begriff «liberal» ist hier selbstverständlich im US-amerikanischen Sinn gemeint. Er meint also nicht wie in Europa den konservativen Wirtschaftsliberalismus, sondern den egalitären, oder – wie Rawls sagen würde – politischen Liberalismus.

⁸ Vgl. dazu den ausgezeichneten Überblick von Will Kymlicka: Politische Philosophie heute. Eine Einführung. Frankfurt/M, New York 1996; Philippe van Parijs: Real Freedom for All. Oxford 1995

⁹ Vgl. dazu Gerald A. Cohen: Karl Marx's Theory of History: A Defence. Oxford 1978

gerten Produktivkraft allen zugutekommen. Die Hypothese erlaubt es, Produktions-, Eigentums- und Machtverhältnisse als irrational zu bezeichnen, als bezüglich Arbeitsorganisation und Verteilungsleistung nicht optimal funktionierend. Ich denke, dass rationalistische Prämissen für die normative Begründung radikaler Politik auch heute unverzichtbar sind. Dabei ist zu beachten, dass Interessen als Motive individueller Entscheidungsrationaliität in politische Handlungsmotive übersetzt werden müssen¹⁰. Diese Verwandlung setzt Erfahrungen gemeinsamer Praxis voraus, die in segmentierten Arbeitsmärkten und hierarchisch organisierten Produktionssektoren fehlen und nur in funktionierenden öffentlichen Räumen gesammelt werden können. Emanzipatorische Energien kann somit der Zivilisationsprozess «ohne politisches Zutun» nicht freisetzen. Womit wir wiederum bei den «Grenzen» der Politik angelangt wären.

Abschliessend möchte ich nochmals betonen: Die Grenzen radikaler Politik im Zeitalter der Globalisierung sind identisch mit den Grenzen jeder globalen Po-

litik, die die Kriterien demokratischer Legitimität und Partizipation respektieren will. Die westlichen Demokratien haben bislang keine ihrem Selbstverständnis entsprechende demokratische internationale Ordnung verwirklicht. In der gegenwärtigen Weltordnung ist die Entscheidungsmacht weitgehend konzentriert bei intergouvernementalen, durch die Exekutiven der führenden Industrielanden dominierten Institutionen sowie bei ökonomischen Interessenskoalitionen, die faktisch die Nationen als Anbieter günstiger Standortbedingungen gegeneinander ausspielen und aus der politischen Verantwortung entlassen sind. Statt von Grenzen wäre also eher von Krisen der Politik zu sprechen. Radikal wird die globale Politik in eben dem Masse sein, wie sie sich dem modernen Ideal emanzipatorischer Politik verpflichtet weiss.

¹⁰ Vgl. Andrew Levine, Erik Olin Wright: Rationality and Class Struggle. In Alex Callinicos (ed): Marxist Theory. Oxford 1989.

Urs Marti ist Privatdozent für Philosophie an der Universität Bern.